

# Für baldige Realisierung der Ortsumgehung Endingen

Ziehen an einem Strang: Stadt und Bürgerinitiative

**ENDINGEN.** 754 wahlberechtigte Enderer fordern die sofortige Planung und Realisierung einer Umgehungsstraße um ihren Ort. 686 von ihnen sprachen sich zudem auch gegen den Bau eines Nichtseßhaftenwohnheimes auf ihrer Gemarkung aus. Dies ist das Resultat einer von der Bürgerinitiative Endingen zum Jahresende 1992 durchgeführten Unterschriftenaktion.

Dieser Tage überreichten nun die Vertreter der Bürgerinitiative dem Balingen Stadtoberhaupt die von ihnen gesammelten Unterschriften. Interessant und sehr aufschlußreich dabei für sie die Ausführungen von OB Dr. Merkel zum aktuellen Stand in Sachen Ortsumfahrung Endingen und zu deren weiterem Verfahrensverlauf.

Auch wenn der Bundeswegeplan derzeit noch keinen vordringlichen Bedarf für die von der Großen Kreisstadt beantragte Umgehungsstraße ausweist, so werden von der Straßenbaubehörde trotzdem die verschiedenen Trassenalternativen weitergeplant und fortentwickelt. Bis Ende des kommenden Frühjahres, spätestens jedoch bis Mitte '93, rechnet man im Balingen Rathaus mit dem Abschluß der ersten Planungsstufe, d. h. mit der Fertigstellung der momentan beim Regierungspräsidium Tübingen anhängigen Umweltverträglichkeitsprüfungen. Darauf folge dann bereits das Raumordnungsverfahren, auf dem letztendlich die eigentliche

Planfeststellung aufbaue, sagte der Oberbürgermeister.

Bei bestmöglichem Verfahrensverlauf könnte somit das Regierungspräsidium Tübingen schon vor der nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes mit einem baureifen Entwurf aufwarten – eine sehr gute Ausgangslage für die Stadt Balingen, um dann die Einstufung in den vordringlichen Bedarf erreichen zu können. Diese Bemühungen werde auch die Bürgerinitiative Endingen unterstützen, so ihre Sprecher, weshalb sie sich auch in Zukunft mit weiteren Aktionen für eine baldige Umgehungsstraße um ihren Ort einsetzen wollen.

Auch die Absicht der Stadt, die ein Nichtseßhaften-Wohnheim auf der Markung Endingen vorsieht, wurde umfassend diskutiert. Die Vertreter der Bürgerinitiative setzten sich engagiert für eine billigere Lösung und dafür ein, daß das vorgesehene Wohnheim in die Umgehungsplanung der B 27 einbezogen werde.



Oberbürgermeister Dr. Edmund Merkel mit den Vertretern der Bürgerinitiative Endingen im kleinen Sitzungssaal des Balingen Rathauses.